

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegraphen-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main.“
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spalte Zeitzeile kostet 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.,
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittlich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehlighr. 49, Telephon 1026. - Expedition: Wehlighr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Meier.
Verlag der Volksstimme Meier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 200

Freitag den 27. August 1915

26. Jahrgang

Einigung zwischen Regierung und Kammer in Frankreich.

Der Zusammenbruch.

Mit Windeseile bricht das Verhängnis über die Russen herein. Seit Anfang Mai sind wir an ein Eiltempo des deutschen und österreichisch-ungarischen Vormarsches gewöhnt, sind verwöhnt. Wenn die Bewegung nur tagelang stockte, so sah der und jener Ungeduldige wohl schon fuchend und zweifelnd auf die Karte, fragte sich forgend: Na, es wird wohl wieder ein Stellungskrieg daraus? Jetzt war auch diese Sorge gebannt; die Ereignisse überstürzten sich ja: Zwonograd und Barisau ein Fall, dann Komno und der Riesen-erfolg von Nowo-Georgiewsk. Dazwischen der Fall kleinerer fester Werke, wie Ossowicz, und überall die weitere Zurückdrängung der russischen Front, ihre Einbiegung an wichtigen Stellen, im Mittelpunkt ihre ergungene gefährliche Annäherung an die großen Sümpfe. Dazu die Herbeiführung der Front, wodurch die Heere im Süden mit den wohnlichen Festungen völlig isoliert werden. Und als jüngster großer weittragender Erfolg der ganzen Bewegung nun der Fall von Brest-Litowsk. Man muß sich erinnern, welche Hoffnungen die Russen auf diese mächtige Feste gesetzt hatten, wie von Kriegsbeginn an der Mittelpunkt ihrer Operationen war, wie schließlich, als die Zurückdrängung in Galizien das Bankrot der Russenmacht offenbarte, Brest-Litowsk als Herz des ganzen Festungssystems im Westen des russischen Reiches den Armeen des Zaren immer wieder die Kraft zum schließlichem Sieg geben sollte, und wie zuletzt wenigstens ganz gewiß die Festung als unnehmbarer Mittelpunkt der unzerbrechlichen neuen Front sein sollte.

Alle russischen Hoffnungen sind zerflutert, alle Entwürfe zerbrochen. Die Fahnen der Verbliebenen wehen auf allen Forts von Brest-Litowsk. Den Jahrestag des Sieges von Tannenberg begehen die siegreichen Truppen im Rücken des Feindes, der an Sümpfen steht, die tausendfach größere Gefahren in sich bergen als jene in Masuren. Eine bedeutende Leistung war bis jetzt der russische Rückzug. Er war den Russenheeren ausgenötigt; er konnte nicht ohne tägliche Verluste, die schließlich die Verluste einer Riesen-schlacht übersteigen, ausgeführt werden. Aber er bewahrte doch die russischen Massenheere vor der völligen Zerstreuung. Aber was nun? Im Rücken der rastlose verfolgende, mit ungestümem Siegerwillen erfüllte Feinde, vor sich die Riesensümpfe mit nur schmalen Durchläufen, der Ausweg nach Süden völlig verbarrt, der Ausweg nach Nordost durch die Festsetzung der Deutschen bei Bialystok und Bialostok verengt; dazu die Russen in und bei Grodno vor die schlimme Wahl gestellt, sich dem allgemeinen Rückzug anschließen zu müssen oder umringt und gefangen zu werden. Eine ver- zweifelte Lage!

Was nun wird, darüber wollen wir uns nicht Gedanken machen. Ob im Osten bald das Ziel des Vorstoßes der Verbündeten erreicht ist und jedem späteren Russenvorstoß eine unzerbrechliche Barre entgegengesetzt wird; ob erst die Bewegung auch der wohnlichen Festungen folgen oder ob dieses Unternehmen nebenbei mit erledigt und dabei schon freitworbene Heere nach anderen Fronten gebracht werden das sind offene Fragen, die sich bald von selbst beantworten werden. Einen heißen Wunsch aber haben wir: daß bald die Feinde Deutschlands einlenken und friedenswillig werden möchten. Genug und übergenug des Blutes ist geflossen!

Paris, 26. Aug. (W. V. Nichtamtlich.) Die Agence Havas meldet: Der frühere Minister Cruppi ist in Petersburg vom Zaren empfangen worden. Der Zar brachte im Laufe der Unterredung den Willen ganz Russlands zum Ausdruck, den Krieg bis zum Ende fortzusetzen. Frankreich könne auf seinen unerwarteten Willen rechnen, bis zum endgültigen Siege zu kämpfen.

New York, 26. Aug. (W. V. Nichtamtlich.) Der Vertreter des A. L. A. meldet durch Funkpruch: Der amerikanische Botschafter in Moskau, der auf dem Dampfer „Hellig Olaf“ hier eingetroffen ist, erklärte, daß zahlreiche wohlinformierte Persönlichkeiten in Petersburg eine Resolution mehr als das Vordringen der Deutschen fürchten. Vor einer Woche seien Plakate in Petersburg angeschlagen worden, in denen das Volk in flammenden Worten zum Aufstand aufgefordert wurde.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 26. August. (W. V. Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Brausefont in der Champagne wurde ein vorgeführter bester Sprengtrichter gegen französische Angriffe behauptet.

Zwei feindliche Flugzeuggeschwader warfen gestern im Saartale oberhalb und unterhalb von Saar-louis Bomben. Mehrere Personen wurden getötet oder verletzt, der Sachschaden ist unermesslich. Vor ihrem Start waren die Geschwader in ihrem Hafen Nancy mit gutem Erfolge von unseren Fliegern angegriffen worden. Außerdem blühten

sie vier Flugzeuge ein: eins stürzte bei Volchen brennend ab, Führer und Beobachter sind tot; eins fiel bei Remilly mit seinen Insassen unversehrt in unsere Hände; ein drittes wurde von einem deutschen Kampfflieger bei Arracourt (nördlich von Lunzville) dicht vor der französischen Linie zur Landung gezwungen und von unserer Artillerie zerstört; das vierte landete im Feuer unserer Abwehrgeschütze bei Moirons (südlich von Romeny) hinter der feindlichen Front.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
Bei Dausel und Schönbach südlich von Litau haben sich Kämpfe entwickelt. Deutlich und südlich von Nowo nehmen die Kämpfe ihren Fortgang. Vor Oltta nähern sich unsere Truppen den Vorstellungen der Festung. Zwischen Sejua und Merez (am Njemen) wurde der Feind geworfen. Auch im Walde südlich von Augustow bringen Teile der Armee des Generalfeldmarschalls von Eichhorn nach Osten vor.

Weiter südlich wird am Beresowka-Abchnitt gekämpft. Unsere Spähen haben Bialystok erreicht. Die Armee des Generals von Gallwitz warf den Feind vom Dr. lanka-Abchnitt (nördlich und südlich von Rielst) zurück.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Der schwergeschlagene Feind flüchtet in das Innere des Bialowieska-Waldes. Nur südlich des Fortes in der Gegend nordwestlich von Kamieniec-Litowsk hält er noch Stand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenien.

Die Festung Brest-Litowsk ist gefallen!

Während das österreichisch-ungarische Korps des Feldmarschallleutnants von Erz gestern nach-mittag nach Kampf zwei Forts der Westfront nahm, stürmte das brandenburgische 22. Reservekorps die Werke der Nordwestfront und drang in der Nacht in das Kernwerk ein. Der Feind gab darauf die Festung frei.

Auf der ganzen Front der Heeresgruppe von Bialowka-Fort bis zum Sumpfgebiet um Brijet (südlich von Brest-Litowsk) ist die Verfolgung im vollen Gange.

Oberste Heeresleitung.

Kreuzer vor dem Rigaer Meerbusen.

Berlin, 26. Aug. (W. V. Amtlich.) Am 25. August abends hat einer unserer kleinen Kreuzer die russische Signalstation Kap-Süd-Nisna auf der Insel Dagö beschossen und teilweise zerstört. Zur gleichen Zeit hat ein anderer kleiner Kreuzer die Signalstation Andersberg, gleichfalls auf Dagö, mit Erfolg unter Feuer genommen. Feindliche Streikräfte wurden nicht gesichtet.

Der stellvertretende Chef des Admiralsstabs.
(Geg.): Behnd.

Die Insel Dagö flankiert den nördlichen Eingang zum Mohndund. Durch diesen Sund flüchteten neulich die russischen Marineeinheiten vor den deutschen Angreifern. Nebenbei sei hier nochmals bemerkt, daß an der russisch-englischen Behauptung, als habe neulich bei dem Gefecht im Rigaer Meerbusen die deutsche Flotte Kreuzer oder andere größere Schiffe verloren, kein Wort wahr ist. Offenbar sind Handelschiffe gemeint, die zum Zwecke der Blockierung versenkt wurden und dafür von vornherein zurechtgemacht waren.

Was geht in Frankreich vor?

Agence Havas meldet: Die Kammer hat nach einer Erklärung Vivianis, der eine kurze Erörterung folgte, die Kredite für die Unterstaatssekretariate des Kriegs-amtes mit 539 gegen eine Stimme angenommen. Sie verzichtete auf die Abhaltung einer geheimen Sitzung. Die Kammer hat sich bis zum 16. September vertagt.

Die Meldung zeigt, daß den Regierungskreisen die Beschäftigung des Unwillens der Deputierten gelungen ist. Mit der Einräumung zweier Kontrollposten und mit irgend welchen sonstigen Zusagen, die an den Dingen nichts ändern, hat die Opposition sich beschwichtigen lassen. Aber es ist offenbar nicht heißer, innerer Drang, der zur Bestätigung der völligen Einigkeit führt, sondern die allgemeine Befürchtung vor Enthüllungen, die eine Geheimhaltung hätte bringen müssen. Es drohte ein allgemeines Durcheinander.

Aber wer glaubt wohl, die Rettung des Parlaments-friedens würde das ganze Volk zurückführen zur heiligen

Einigkeit und zur ungeteilten Hoffnung auf Sieg. Unter der Hülle der künstlich markierten Einigkeit bereitet sich an-scheinend eine Umwälzung vor. Man braucht gar nicht so-weit zu gehen, wie jener Gewährsmann der „Neuen Zürcher Nachrichten“, der meint, man stehe in Paris vor einem Wendepunkt: Entweder Wohlfahrtsausbruch im Stile 1789, oder Militärdiktatur, sei die Situation, auf die man raschen Schrittes zutriebe und aus der es anscheinend kein Entrinnen gebe. Genug, daß zwischen militärischer Re-aktion und Bürgerwillen die Spannung wächst. Die Sieges-hoffnungen der Franzosen waren so hoch geweckt und die Länderverteiler trübten — selbst in wissenschaftlichen Zeit-schriften — noch so toll ihr Unwesen, daß dagegen eine kata-trophal wirkende Ernüchterung kommen muß. Und dann kann es den Poincaré, Delcassé und Millerand an den Kragen gehen!

Französischer Tagesbericht.

Paris, 26. Aug. (W. V. Nichtamtlich.) Amtlicher Kriegsbericht von heute nachmittags: Im Artois, um Souchez und Neuville Kanonade und Kämpfe mit Betarden und Handgranaten während eines Teiles der Nacht. Im Gebiet von Rohe andauernd scharfe Tätigkeit beider Artillerien. Im Argonnenabschnitt von La Hille Morde ziemlich lebhafter Kampf mit Bomben und Handgranaten. Auf der übrigen Front nichts Wichtiges zu melden. Am 24. August bombardierte eines unserer Flugzeuge die wichtige Bergwerksge-biet auf dem Bahnhof Offenbach im Großherzogtum Baden. Am 25. August überflog ein Geschwader von vier Gruppen, zusammen 62 Flugzeuge, die Geschütze von Dillingen (Schloß- und Panzerplattenfabrik) nördlich von Saar-louis, worauf mit Präzision über 150 Granaten, darunter etwa 20 großen Kalibers, abgeworfen wurden.

Vom italienischen Kriegsschauplatz.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht meldet: Im Dobrodo-Abchnitt griffen die Italiener gestern mittag den Monte Dei sei Ruffi neuerdings an; sie wurden wie immer zurückgeschlagen. Vor dem Götzer Brückenkopf herrschte Ruhe. In der übrigen kustenländischen Front fanden stellenweise Geschützkämpfe statt, so namentlich im Raume von Blitich, wo sich die feindliche Infanterie vorfristig heran-arbeitet. Der bereits gestern als abgeklungen gemeldete An-griff gegen den Nordabschnitt der Hochfläche von Saboron wurde von starken feindlichen Kräften geführt; nach zehntägiger, auch die Nächte hindurch andauernder heftiger Be-schießung unserer Werke steigerte die feindliche Artillerie vorgestern abends ihr Feuer gegen die Front Cima di Rizza-gena-Voson zu größter Schärfe. Bis nach Mit-ternacht überschüttete sie unsere Stellungen mit Geschossen aller Kalibers. Sodann schritten mehrere Infanterie-Regimenter und Alpini-Bataillone zum Angriff. Unsere braven Tiröler Truppen und Standschützen, von überdies reichlichen Schützen und der Artillerie hervorragend unterstützt, schlugen alle Stürme zurück. In den Morgenstunden war der feindliche Angriff endgültig zusammengebrochen. In den Hinter-nissen allein liegen 200 tote Italiener; danach läßt sich er-messen, welche Opfer dieser Angriff gekostet haben mag. Wir hatten nur geringe Verluste.

Einer unserer Flieger erzielte in der Munitionsfabrik von Brescia mehrere Bombentreffer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der italienische Tagesbericht lautet: Im Suganotal haben unsere Truppen ihre Stellungen auf der Linie vom Monte Covaron und des Flusses Mafio gegen Westen auf beiden Seiten des Flusses bis zum Monte Arman-tera und Monte Salabio vor. Der Feind versuchte unser Vordringen zu hindern. Er ließ auch eine Anzahl Gefangene in unseren Händen. Im Seebecken erfolgte unsere Ar-tillerie das Feuer auf ein verborgenes Lager in einem kleinen Tale am linken Ufer des Bergbaches. Die feindlichen Truppen mußten in Unordnung fliehen und wurden durch unser Schrapnellfeuer verfolgt. Am oberen Jontejo nahmen unsere Alpiniabteilungen einige stark hergerichtete feind-liche Schützengraben an den Felsen des Südbanges des Monte Rambon. Wir machten etwa 30 Gefangene, darunter einen Offizier und erbeuteten 2 Maschinengewehre, Gewehre und große Mengen Munition. Auf dem Karst brachte der Feind zahlreiche neue Geschütze in Stellung, mit denen er anhaltendes Feuer auf der ganzen Front eröffnete. Inner-halb dauern unsere Annäherungsarbeiten ununterbrochen fort. Gestern besetzten wir am linken Flügel unserer Linie weitere Schützengraben, was uns 60 Gewehre, einen Schein-werfer und verschiedenes Material einbrachte.

Geg.: Cadorna.

Vom Dardanellenkampf.

London, 26. Aug. (B. B. Nichtamtlich.) In dem amtlichen Bericht von den Dardanellen über die Kämpfe seit dem 8. August an dem westlichen Ende der Gallipoli-Halbinsel wird gesagt: Es bekamen getrennte Angriffskolonnen. Die erste war australisch-neuseeländischer Korps, die andere war die von Südbucht, wo eben die angekommenen Armeetruppen waren. Ferner wurde ein Angriff vom Kap Helles in der Richtung Seriklia unternommen. Trotz des fortwährend heftigen Kampfes und der schweren Verluste auf beiden Seiten erreichten unsere Truppen in keinem der Gebiete ihr Ziel, obwohl sie ihm entschieden näher kamen und das Gebiet, das sich in unseren Händen befindet, beträchtlich ausbreitete. Der Angriff des australisch-neuseeländischen Korps richtete sich auf den Saribair-Chanul-Hügel, hatte aber nicht das gewünschte Ergebnis. Die australisch-neuseeländischen Truppen veranlaßten nicht ihre Stellungen auf der Höhe zu halten und mußten sich nach den unterhalb gelegenen Stellungen zurückziehen. Der Angriff aus Südbucht kam zum Stillstand, nachdem er zweimal in Reihen vorwärts gekommen war. Das gewonnenen Gelände reichte aus, um uns in den Stand zu setzen, die Linien aneinanderzuschließen und eine Front von mehr als 12 Meilen zu bilden. Als neue Verstärkungen ankamen, gewannen die australisch-neuseeländischen Truppen noch dreiviertel Meilen an Boden. Nachdem wir die vorgeschobenen türkischen Posten auf der linken Front erlitten hatten, lösten alle Divisionen ins Gefecht. Sie machten Fortschritte. Da sie aber den Gipfel der Höhe nicht erreichen konnten, wurden sie nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückgedrängt. Die Verluste des Feindes sind viel schwerer als die unsrigen, und das gewonnenen Gelände sehr wichtig. Man soll daraus aber nicht schließen, daß wir das eigentliche Ziel erreicht haben. Weitere ernsthafte Kämpfe werden nötig sein, um einen entscheidenden Sieg davonzutragen.

Konstantinopel, 26. Aug. (B. B. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier teilt mit: An den Fronten von Anafortia, Ari Burnu und Sedd-ul-Bahr unterhielt der Feind abwechselnd heftiges und schwächeres Artilleriefeuer und verschwand eine große Menge Munition. In der Nacht vom 24. zum 25. August unterhielt der Feind das Feuer bis zum Tagesanbruch. Am 25. August unternahm der Feind mit schwachen Kräften einen Angriff auf unseren linken Flügel. Die Angreifer wurden ausgerieben. An den anderen Fronten keine Veränderung.

Volks- und Militärfragen.

(Reichstagsbrief.)

Berlin, 26. August.

Was ist nun bei den langen und gründlichen Reichstagsverhandlungen über die Lebensmittelfrage herausgekommen? Gestern nachmittag entschied es sich nach beinahe einwöchentlicher Diskussion, wenn man die Auseinandersetzungen in der Budgetkommission mitechnet. Wiederrum verdammt wenig, kaum mehr, als bei der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und ihren letzten Debatten.

Gewiß war es ein großer Erfolg unserer Partei, daß die Errichtung einer Lebensmittelzentrale im Reich gefordert wurde, wie wir sie beantragt hatten. Der stürmische Widerspruch fiel, und der Reichstag schloß sich ausdrücklich unserem Verlangen an, daß die Parteien der Volksvertretung bei der Organisation des Lebensmittelmarktes im Reich mitzusprechen haben. Staatssekretär Delbrück sagte zwar, er wolle und müsse die Verantwortung weiter tragen und könne sie mit keinem Abgeordnetenkollegium teilen. Dennoch scheint es, daß Preußen und die Mehrheit des Bundesrates nicht zustimmen werden. Aber die Begründung für diese Ablehnung ist sehr schwach. Wir haben nichts dagegen, daß die Regierung und die Minister selbst Verantwortung auf sich nehmen, als sie nur tragen können. Da noch kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz besteht, ist das nicht allzu schwer für sie. Aber das Land kann sich doch auch verbiten, daß mit solchen Fadenfäden die Initiative und die Mitbestimmung des Reichstags nach wie vor ausgeübt werden und abgelehnt wird. Bei den Abgeordneten ist die Verantwortung doch etwas besser durchgeführt, als bei dem Minister. Die Nichtwiederwahl schadet als Damoklesschwert über denjenigen, der das Volksinteresse zu großem Verleiten und vom Volk gewollt werden. Minister und Volksvertretung können sich deshalb in der Verantwortungsfrage wie in der Organisation des Lebensmittelmarktes recht gut die Hand reichen und zusammen schließen. Wenn das die Regierung nicht will, beantragt sie sich eines wertvollen Kontrollmittels für ihre Maßnahmen. Und man wird sehen, ob sie wirklich ohne dasselbe arbeiten will.

Aber noch viel entscheidender ist, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags alle weiteren Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie ablehnt. Nicht bloß die Machtmittel, die für sichere Preisfeststellung und für Beschlagnahme den Gemeinden gegeben werden sollten, und die selbst so gemäßigte Oberbürgermeister, wie der Frankfurter, laut verlangen. Sondern auch die Kartoffelbeschlagnahme durch das Reich und die Kartoffelration, sowie die Herabsetzung der Getreidepreise, die Einschränkung von Mißbräuchen und die Schaffung einer höchsten Preisgrenze für Fleisch, Butter, Milch, Gemüse, Obst usw. Nur für Hülsenfrüchte will die Regierung Höchstpreise festsetzen. Doch immer hat sich also die Überzeugung bei den bürgerlichen Reichstagsmitgliedern nicht durchgesetzt, daß man des Bundes nur Herr wird durch die völlige Übernahme des Lebensmittelbeschlagnahme, dort, wo es sich um unentbehrliche Artikel handelt. Die Klagen über die Verdrängung des Handels in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung waren ganz echt und bildeten auch die Triebfeder der bürgerlichen Mehrheit im Reichstage. Im Kriege sind billige Verpflegung und Privatspekulation ganz unvereinbare Gegenstände geworden. Und die Bürgerlichen entscheiden sich dabei immer noch eher für den Privathandel, als für billige Verpflegung mittels der öffentlichen Gewalt. Auch wenn dabei ganz offenbar wird, wie sie dadurch den Agrariern den Rücken stärken. Die Frankfurter Freisinnigen machen leider durch ihr Verhalten die Seebäder und Seebadbesitzer Gemütskur ebenso stark, wie Herr von Camp im Reichstag. Der agrarische Redner wurde nur von Genossen. Sein Grundgedanke aber leider nur im Nebensatz. Auf dem Lebensmittelmarkt behauptet die größte Kartoffel mit ihrem bekannten Wintermann einseitigen noch siegreich das Feld als „freie Ware“, die beliebig im Preis gesteigert

oder zurückgehalten werden kann. Erst wenn die Preisobergrenze „phantastisch“ wird, will Herr Delbrück konfiszieren und verteilen. Da aber der Staatssekretär ein Mann ist, der sehr dehnbare Preisbegriffe haben kann, so nützt diese Forderung für den äußersten Fall den großen Massen verdammt wenig. Die Städte werden eben zugreifen müssen. Und wenn sie sich auf dem freien Markt die Kartoffeln und das Fleisch weiter abgeben, so blüht noch mehr als der Weizen der Agrarier, und die Lärnung wird zur dauernden Einrichtung. Das alles ist den Verantwortlichen im Reichstage gesagt worden. Aber sie wollen es bis auf's Letzte ankommen lassen. Ihr Wille mit seinen Folgen geschehe.

Das Ganze ist wieder ein Ausschnitt aus dem parlamentarischen Problem der Mehrheitsbildung. Die Parteiparteien müssen sich auf gewisse Mindestforderungen verständigen lernen und diese möglichst mit kräftiger Mehrheit gegen Rechte und Regierung durchdringen. Ebe die Arbeiterkassen auch den sozialdemokratischen Abgeordneten die Pflicht der Mehrheitsbildung zur Durchführung bestimmter Forderungen auferlegt, wird's nicht besser werden. Dann werden wir nicht alles auf einmal, aber gewisse Abschlagszahlungen ganz bestimmt erreichen.

In der Donnerstagsitzung des Reichstags, über die brieflich noch nicht berichtet werden kann, denn sie hat spät beendet, brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten St. J. L. e. n. und V. u. e. r. Angelegenheiten zur Sprache, die Schmierdinge weiter Volkskreise betreffen. Die Behandlung der Mannschaften beim Militär, dabei und im Feld, beschränkt der eine. Wir haben volles Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen das Ausbildungspersonal und die Kommandostellen ihre gewöhnlich leichte Aufgabe leisten. Vielleicht ist die körperliche Ueberlastung noch nicht einmal das schlimmste, was an den Herden der Vorgesetzten zerrt. An sich hat der Krieg durch seine lange Dauer eine geistige Verfassung geschaffen, die in der bürgerlichen Tätigkeit die Leute reicher macht; ist's ja doch oft nicht möglich, daß politisch Gleichstrebende Ausdrucks pflegen, ohne aneinander zu geraten. Wenn Militärpersonen von der allgemeinen Weisbarkeit angeführt werden, so ist das schließlich begreiflich. Aber die Sozialdemokratie im Reichstag erfüllt nur ihre Pflicht, indem sie öffentlich Kritik übt.

Darauf kommt's natürlich auch an, daß der Soldat in wieweit Genüßstimmung ist; wie aber soll er es sein, wenn schwere Sorgen ihn bedrücken? Unser Genosse Bauer hat gestern an wurde Punkte gerührt, als er die Ungleichgültigkeit der Familienfürsorge in manchen Orten, die in Bauerndörfern vielfach geradezu schlagend ausfällt, besprach. Es nützt zu nichts, wenn ein Abgeordneter darauf antwortet, da handle es sich eben um arme Gemeinden. Das trifft keineswegs zu; und wenn schon, so müßte eben ein leistungsfähiger, größerer Verband beibringen! Nun sieht ja die Aufbesserung der Reichsunterstützung um ein Viertel in Aussicht und das wird in sehr vielen Gemeinden automatisch die Gesamtleistungen steigern. Das ist etwas; aber der Winter rückt näher, er macht weit ausgiebiger Familienhilfe nötig. Mögen überall die Genossen mahnen und drängen vorgehen. Wer von unseren tapferen Krieger die drückende Sorge um die Angehörigen nimmt, der wirkt für Deutschlands Sieg!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Aug.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, Dr. Rüch, Dr. Helfferich, Generalleutnant v. Wundt.

Präsident Dr. Hüppel eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 28 Min. mit folgenden Worten: Soeben habe ich die Nachricht bekommen (die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen), daß die Preussische Preß-Kommission (Ständischer Beirat) sich mit der Preussischen Regierung auseinandergesetzt hat. (Ständischer Beirat.) Ich begrüße unsere tapferen Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere unserer Armeen und der unserer verbündeten österreichisch-ungarischen (Reichsarmee), die in den letzten Wochen und Monaten so unglaublich geleistet haben und diese ihre Leistungen gekrönt haben mit dem Fall von Preß-Bomben. (Beifall.)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Die Genehmigung zur Durchführung einer Widerkassette des Generalleutnants v. Wundt gegen den Abg. Behrens wird auf Vorschlag der Geschäftsverteilungskommission vertagt.

Es folgt die Beratung der Resolution, wonach die Bekanntmachung des Bundesrats über Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen auf die Vergehen gegen § 9 des Verordnungsstaatsgesetzes ausgedehnt und die Straffungen in § 16 dieses Gesetzes durch nachweisliche Zulassung von Geldstrafen neben der Gefängnisstrafe erweitert werden soll.

Abg. Stüdlén (Soj.):

Im Gegensatz zu den Parlamenten der mit uns im Kriege stehenden Staaten Frankreich, England und Rußland, haben wir bisher im Deutschen Reichstag militärische Fragen seit Ausbruch des Krieges wenig erörtert. Wenn in jenen Ländern mehr oder minder heftige Angriffe gegen die Führung der Armee gerichtet wurden, so liegt im Deutschen Reichstag erfreulicherweise kein Anlaß zu einer solchen Kritik vor. Das deutsche Volk erkennt ohne weiteres die hervorragende Strategie der deutschen Heerführer an, denen es gelungen ist, unterstützt durch das hingebende Verhalten ihrer Truppen, Deutschland vor einer feindlichen Invasion zu bewahren. Wenn wir in den durch die Verhältnisse gebotenen Grenzen an einzelnen Dingen Kritik üben, so liegt dazu eine unabweisbare Notwendigkeit vor, und daran können und auch nicht die Verführung hindern, daß diese Kritik möglicherweise im Ausland verzerrt und entstellt wiedergegeben wird. Wie sind unsere Truppen und ihre Führer die größte Dankbarkeit schuldig (Beifall); was beispielsweise die Truppen der Armee in den Winterfeldzügen in den Korpsen geleistet haben, dürfte unerreicht dastehen in der Kriegsgeschichte aller Zeiten. (Beifall.)

Bei der Unternehmung der zum Seeresdienst eingesetzten Leute muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden, damit nicht Leute eingestellt werden, die nach kurzer Zeit schon wieder entlassen werden müssen. Wir haben in Deutschland in der Tat keinen Mangel an wehrfähigen Leuten, und es muß darauf hingewirkt werden, daß ältere Jahrgänge nach Möglichkeit geschont und die in so großer Zahl noch vorhandenen jüngeren Leute herangezogen werden. Wir verstehen nicht, daß das Ausbildungspersonal, das der große Aufgaben gestellt wird. Aber es darf nie vergessen, daß es sehr Leute unter sich hat, die eine Familie zu versorgen haben und deren Freude am Dienst einen hohen moralischen Wert darstellt, der nicht veräußert werden darf. Wenn gegen solche Leute der Zoologie entnommene Ausdrücke angewendet werden oder Veräuschungen vorkommen, die ich als unsachgemäße Behandlung bezeichnen will, so muß man solchen Erscheinungen mit aller Schärfe entgegenwirken. (Beifall.) Der Mann, der zur Verteidigung seines Vaterlandes berufen ist, muß das mit Lust und Liebe tun und nicht mit Verbitterung. Es soll nicht bestritten werden, daß das Kriegsmaterial mit Energie den hier angeordneten Maßnahmen entgegengebracht hat. Wenn der Erfolg kein vollständiger war, so soll auf dem beschrittenen Wege weitergegangen werden. Es wäre vielleicht sehr gut, wenn derartige Erfolge nicht nur den

Vorgesetzten, sondern auch den Mannschaften bekanntgegeben würden. Auch der Behandlung der mit der Bewachung von Gefangenen betrauten Landsturmlaute sollte ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Seit der Verkündung des Krieges ist auch im Seeresdienst manches anders geworden; in der bayerischen Armee existiert aber immer noch ein Unterrichtszustand, in dem es heißt, die Soldaten sollten Wirtschaftler werden, in denen staats- oder militärische Parteien ihre Zusammenkünfte abhalten oder Zeitungen, Bücher und Zeitschriften dieser Parteien ausgeben. So etwas sollte man doch jetzt nicht mehr alten Landsturmläuten bieten, die außerhalb der Armes vielleicht organisierte Sozialdemokraten waren. (Sehr richtig!) Bei der Gelegenheit will ich auch auf die

Frage der Gefangenenbehandlung

kommen. In der ausländischen Presse wird behauptet, die Gefangenen werden bei uns mit besonderer Grausamkeit behandelt. Ich habe mich selbst überzeugt, daß alles geschieht, was irgend möglich ist, um ihnen ihre Last erträglich zu machen. Klagen werden natürlich immer vorkommen, dazu ist ja das Menschenmaterial zu verschiedenartig und vielseitig. Etwas anders verhält es sich mit den internierten Ausländern, unter denen Leute sich befinden, die in Deutschland erzogen sind, die nur die deutsche Sprache sprechen, die eine Deutsche zur Frau haben und die nur die rechtzeitige Naturalisation bedürftig haben. Solche Leute aus den Internierungslagern zu entlassen, würde für das Deutsche Reich sicherlich keine Gefahr bedeuten. Die Klagen aus den Lagern betreffen häufig die Verpflegung, und zweifellos im Anfang Äußerungen gemacht worden, namentlich der, daß man die Verpflegung an Internierten gegeben hat. Wenn der Internierte bei 60 Pfennig pro Kopf verdienen will, so kann die Verpflegung nicht gut sein. Ganz besonders ist es zu betonen, daß die Stadt Gardelegen, die die Verpflegung der Gefangenen übernommen hat, die Steuern mit der Begründung herabschneidet, sie habe an dieser Verpflegung der Gefangenen entsprechend viel verdient. (Sehr richtig! Beifall.) Im ganzen aber muß man sagen, die Seeresverwaltung sollte das Protokoll über die Zustände in den Gefangenenlagern herausgeben; sie würde dabei nicht schlecht abschneiden. Ich unterschreibe völlig, was einer der Verpflegungsoffiziere in dem Protokoll gesagt hat: Hinaus mit den profitierenden Privatunternehmern! Auch aus dem Felde kommen Klagen, und zwar vor allem von den in den monatelangen Stellungskriegen festgehaltenen Soldaten. Es muß den Offizieren dringend empfohlen werden, keine Anforderungen zu stellen, denen die Leute nicht gewachsen sind. Vor allem muß auf häufige Abkühlung aus den Schützengräben

geachtet werden, die sich sicherlich leicht durchführen ließe. Dringend haben die verschiedensten Parteien eine gründliche Reform des Seeresdienstes verlangt. Ich halte eine gründliche Reformierung während des Krieges sehr wohl für möglich; aber wenn man diesen Standpunkt nicht teilt, so müßte es doch auf dem Verordnungswege von den Ängeln befreit werden, mit denen es umgeben ist. Im Ausland hat man den deutschen Soldaten vielfach den Vorwurf der Barbarei gemacht, was mein Kollege Seidenmann bereits am 18. März zurückgewiesen hat. Aber vorgekommen ist sicherlich manches, was besser nicht passiert wäre; denn besser macht der Krieg die Menschen nicht; zur Sonnenhöhe der Kultur führt er auf keinen Fall. (Sehr richtig! Beifall der Sozialdemokraten.) Opierehen ist jedenfalls ein flammendes Wahrzeichen der überaus barbarischen Kriegsführung. Die Aufrechterhaltung der Disziplin ist notwendig; um so mehr muß man darauf achten, daß man sich nicht in den Mitteln vergräbt; die beste Disziplin ist die auf freiwilliger Unterordnung begründet. Schwere Fälle von Insubordination sollte man in der Heimat aburteilen lassen, wo man ruhiger und sorgfältiger urteilen kann, als im Felde, und man sollte dabei immer einen Psychiater zuziehen.

Dem Beschluß des Reichstags vom 29. Mai, den Truppen bei Urlauberteilung freie Fahrt

zu gewähren, ist der Reichshaussekretär nicht sehr schnell beigetreten. Wie wissen seine Spezialität zu schätzen, aber wir wünschen sie nicht auf Kosten der Soldaten. (Sehr wahr! Beifall der Sozialdemokraten.) Ich habe ihn ja gestern gesagt, wie durch eine Arbeit von wenigen Stunden an der Kriegsbesatzungsordnung viele Millionen erspart werden können. (Sehr richtig! Beifall der Sozialdemokraten.) Erst nach Wochen hat das Reichshausamt dem Beschluß des Reichstags zugestimmt und jetzt hören wir, daß mit der Urlauberteilung sparsamer vorgegangen wird. Das ist der Wunsch des Reichstags nicht gewesen. (Zustimmung.) Ausdrücklich feststellen will ich ferner, daß jedem Soldaten beim Urlaub die freie Fahrt zusteht, gleichgültig, ob er im Inlande oder im Auslande steht, es geht nicht an, einem Soldaten aus Rußland, der in Ostrowo steht, die Freiheit zu verweigern, weil er ja in der Heimat sei, wie es leider vorgekommen ist. Wie man übrigens den mit der Landwirtschaft in Verbindung stehenden Soldaten Urlaub gewährt hat, so müßte es auch bei jedem anderen möglich sein.

Ferner haben wir beantragt, allen Soldaten, die in Feindesland stehen,

die Kriegsblühnung zu gewähren.

Recht bekommen nur die mobilen Truppen 58 Pfennig, die immobil 88, und das führt zu sonderbaren Ergebnissen, z. B. sind bei einem militärischen Institut die im Gebäude befindlichen Soldaten mobil, die draußen zur Bewachung des Gebäudes befindlichen immobil. Man ist doch bei den oberen Stellen nicht so knauserig, man sollte es also auch hier nicht sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit Freuden begrüßen wir, daß endlich unserer Anregung Rechnung getragen ist, wonach die verwundeten Soldaten nicht mehr 10 Pfennig, sondern die Löhnung der Immobilien von 88 Pfennig erhalten. Doch soll man auch dafür sorgen, daß das allen Verwaltungen bekannt wird. In manchen Anstalten hat man den verwundeten Soldaten befohlen, gewisse Orte zu meiden. Hier sollte die Militärverwaltung sofort einrücken. Wenn das zahlungsfähige Publikum dort seiner Gesundheit Leben laßt, so verdanken wir es den verwundeten Soldaten. (Beifall.) (Sehr richtig!) Auch in den Lazaretten soll man nicht so knauserig sein; in einem Lazarett soll ein besonderer Raum für die Verwundeten abgetrennt sein, weil ihr Anblick dem Publikum peinlich wäre. Etwas derartiges wäre ganz entschieden zu vermeiden. (Zustimmung.) Unbillig ist ferner, daß die Mitglieder der freiwilligen Kampfpflicht in Preußen nur 28 Mark monatlich erhalten, in Süddeutschland dagegen 32. Einen fernerer Antrag unterstützen wir lebhaft, den verwundeten Soldaten Beihilfen zum Besuche zum Urlaub in die Heimat zu geben. Bekannt ist, daß die Protration der Soldaten nicht ausreicht. Als Entschädigung haben sie Verpflegungsgeld bekommen, das aber bei den teuren Preisen keineswegs genügt. Wir haben jetzt soviel Getreide, daß man ihnen statt dessen wieder die früheren ausreichenden Protrationen geben kann. Die mobilen Truppen bekommen einen Verpflegungssatz von 120 Mark, die immobil nur einen von 60 Pfennig. Das führt zu großen Härten, da eine Truppe bald mobil, bald immobil ist. Die Budgetkommission hat dem Antrag zugestimmt, ganz allgemein 120 Mark zu zahlen. Man sagt, das Kriegsministerium zahlt viele Zulagen, so daß nur sehr wenige nur noch den Verpflegungssatz von 60 Pfennig haben. Um so eher kann dann der Antrag durchgeführt werden, da er finanziell dann nicht so sehr ins Gewicht fällt. (Zustimmung.)

Die Seeresverwaltung sollte es sich angelegen sein lassen, die Mannschaften und Offiziere vor der

Ausbeutung durch patriotische Geschäftleute und „Liebesgabenfabrikanten“ zu schützen. Gegen solche Progenipatrioten wäre der sonst von uns bekämpfte Militärhonorar durch aus gerechtfertigt und man könnte diese Leute in der Öffentlichkeit an den Pranger stellen. (Sehr richtig!) Ein Widerstand besteht darin, daß die im Felde zu Unteroffizieren beförderten Mannschaften häufig die einfache Mannschafslöhne weiter erhalten, weil etatmäßige Stellen nicht frei sind. Man sollte etatmäßige Unteroffiziere nur dann an die Front schicken, wenn im Felde keine auserlesenen Leute vorhanden sind. Die enormen Kosten des Krieges zwingen uns zu der Mahnung an die Militärverwaltung, einerseits den Mannschaften das zu geben, was wir gefordert haben, andererseits aber auch bei den oberen Stellen nach Mög-

Arbeit zu sparen. Vor allem sollen die Mannschaften so behandelt werden, wie sie es als Menschen verlangen können. Wir können ja leider nicht so früh von der Leber wegreden wie sonst. (Abg. Reich (konf.): Es ist schon übergenug! Weiter!) Wir müssen aber den Männern im Banne des Feldes und in der Heimat zeigen, daß ihre Interessen auch während des Krieges mit allem Nachdruck vertreten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wäre der Tag bald kommen, an dem der menschlichen Krieg ein Ende findet. Ein Jubel ohne Gleichen wird sich im Lande erheben, wenn er anbricht. (Beifall.) Millionen sind von dem Wunsche erfüllt, daß den Völkern bald ein Friede beschieden werde, der es ihnen erlaubt, mit alter Kraft sich wieder den Werken der Kultur und der Menschheitsideale zu widmen. (Beifall bei Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Resolution auf freie Arbeitsbeschaffung ist innerhalb eines Monats ausgeführt worden. Ich habe daselbst warme Danks für unsere Soldaten, wie Herr Schäfer und alle anderen, habe aber auch die Verantwortung für die Situation des Reiches. Auf diese meine Ausnahmestellung muß ich bitten, Rücksicht zu nehmen. Nur alle Härten, Ersparnisse zu machen, bin ich stets dankbar. Was die Kommission aber fortgesetzt fordert, führt indessen zum Gegenteil von Ersparnissen. (Hört! Hört!)

Abg. Dr. Müller-Weinungen (Hörsch. Vpt.): Auch wir haben zahlreiche Wünsche und Beschwerden in der Kommission vorgebracht. Ich glaube aber aus den dortigen Erklärungen der Regierungsberechtigten die sichere Erwartung entnehmen zu dürfen, daß die Mängel abgestellt und die Wünsche erfüllt werden. Wir versprechen uns aber von einer Wiederholung dieser Debatte im Plenum keinen Nutzen. (Sehr richtig!) Wir bitten dankbar und Holz auf unsere Arme, ihre Führung und ihre Manneswürde. Möge es ihr gelingen, durch den endgültigen Sieg einen dauernden Frieden zu erringen. Mit der Armee wird das deutsche Volk durchhalten. (Beifall bei Sozialdemokraten.)

Abg. Kaffermann (natl.): Der stellvertretende Kriegsminister und seine Kommissare haben uns in der Kommission Prüfung unserer Wünsche und Abstellung der Beschwerden zugesagt. Deshalb verzichten wir darauf, im Plenum noch einmal die Fragen zu erörtern, und stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Auch wir haben zahlreiche Wünsche und Beschwerden, werden aber aus dem vom Vortrager angeführten Gründen gleichfalls auf deren Erörterung im Plenum verzichten.

Abg. Reich (konf.): Alle Beschwerden verschwinden vor dem glänzenden Bilde der Kameradschaftlichkeit in der Armee. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften arbeiten an dem einen Ziel, gemeinsam und kameradschaftlich einen ruhmreichen Frieden zu erkämpfen. (Beifall.)

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel: Nach den Erklärungen der verschiedenen Parteien glaube ich nicht mehr nötig zu haben, daß was ich in der Kommission erklärt habe, hier zu wiederholen. Wir werden alle Wünsche und Beschwerden wohlwollend prüfen. Die Militärverwaltung ist bemüht, das Heer schlagfertig zu erhalten (Wandel) für seine große Aufgabe und alles zu tun, für die sorgfältige Ausbildung und Förderung und Erhaltung des rechten Geistes in der Armee durch verständige Behandlung. (Beifall bei Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Es folgt die Besprechung der Resolutionen betr.

Soziale Maßnahmen.

Kriegsneuerungsanlagen für Beamte und Pensionäre, Militärrentenempfänger, Militärinvaliden usw., Erhöhung der Unterstützung von Familien in den Militärbediensteteneingetragenen Mannschaften, Unterstützung arbeitslos gewordener Textilarbeiter usw., Nacharbeit im Wätereigengewerbe und Beschäftigung der Verlängerung der Unterstützungsleistungen um drei Monate nach Bewilligung der Hinterbliebenenrente.

Abg. Bauer (Soz.):

Der Krieg hat schreckliche Verwüstungen angerichtet. Eine ungeheure Zahl der gesündesten und kräftigsten Männer ist ihm zum Opfer gefallen und Millionen sind in ihrer Gesundheit geschwächt.

Eine kräftige und großzügige Sozialpolitik

liegt darum nach dem Friedensschluß nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern der gesamten Nation. Den besten Schutz bieten den Arbeitern die gewerkschaftlichen Organisationen. Sie ergreifen die Arbeiter zum Gemeinwohl, erringen ihnen eine bessere Lebenshaltung und schützen sie vor Verelendung. Die Verteilung des Wertes der Gewerkschaften ist ja während des Krieges eine verständigere geworden. Auch vom Regierungssicht ist der hohe Wert dieser Organisationen anerkannt worden. Leider gibt es aber im Lande noch immer höhere und niedere Verwaltungen, die ihre alte Politik der Rabelsche gegen die Gewerkschaften fortsetzen. In Breslau hat man beispielsweise den Gewerkschaften verboten, neue Mitglieder zu werben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Beschwerden bis zur höchsten Regierungsstelle haben leider bisher keinen Erfolg gehabt. Es zeigt sich, daß die kommandierenden Generale heute allmächtige Götter sind, die sich auch um Wünsche der höchsten Regierungsstelle nicht kümmern. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In Breslau werden auch alle in mehreren Exemplaren ausgehenden Mitteilungen der Gewerkschaften unter Verschluss gestellt, selbst solche rein geschäftlicher Natur, wie die Anfrage nach der Adresse eines Arbeitslosenempfängers. Gewerkschaftliche Besprechungen werden nach Möglichkeit verhindert und die Folge davon ist, daß mangelnde Beratung durch die Gewerkschaftsführer wilde Streiks ausbrechen, die verhindert werden könnten, wenn man den Mitgliedern die Möglichkeit für eine Verständigung gibt. Ganz eigenmächtig hat der kommandierende General in Ostpreußen, sowie einige in Bayern die Freizügigkeit der Landarbeiter und der Dienstboten aufgehoben und sie dadurch geradezu der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Öffentlich erklärt die Reichsregierung, daß sie diese Verfügungen nicht billigt. Auch die

Behandlung der ausländischen Arbeiter

ist vielfach eine empörende, die Brutalisierung der polnischen Arbeiter in den Bergwerksbetrieben muß sie mit Danks gegen alles Deutsche erfüllen. (Beifall bei Sozialdemokraten.) Der Heimarbeit werden durch den Krieg neue große Chancen gegeben, wenn sie so notwendig ist, so ist die Schutzbestimmungen des Heimarbeitgesetzes endlich in Kraft zu setzen. Das preussische Kriegsministerium hat bei den Verhandlungen mit den Arbeitern, die sich über rückständige Unternehmer zu beklagen hatten, großes Verständnis gezeigt, die Zivilbehörden dagegen scheuen einen Konflikt mit den Unternehmern, und manche Verwaltungsbehörden stellen sich noch immer auf den Standpunkt, mit den Arbeitern nicht zu verhandeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die durch den Krieg arbeitslos werdenden Textilarbeiter, etwa eine halbe Million Frauen, sind in dieser Industrie beschäftigt, dürfen nicht der Not überlassen bleiben. Überhaupt muß jetzt schon Vorsorge getroffen werden, um die bei Beendigung des Krieges in die Heimat zurückkehrenden Krieger, die hiesig einige Zeit brauchen, bis sie ihre Verhältnisse geordnet und Arbeit gefunden haben, vor Not und Elend zu schützen.

In den Fürsorgekommissionen

in den östlichen Teilen des Reiches, die an Rußland grenzen, herrschen vielfach noch russische Anschauungen, und die Mitwirkung der Arbeiter ist dort in den Kommissionen ausgeschlossen. Die Gewerkschaften werden ermahnt, ob sie in diesen Teilen des Reiches nicht eigene Fürsorgeeinrichtungen für ihre Mitglieder treffen. In unforgsamem Geiste wird auch bei der Festlegung der Renten für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger verfahren, die Kriegrenten, die ihnen zusteht, werden ihnen durch Auslegung des Gesetzes vorenthalten. Sie werden mit der niedrigeren Friedensrente abgespeist, auf die ihnen noch ein Teil der Unter-

stützungen angerechnet wird. (Beifall bei Sozialdemokraten.) Einen Antrag Erbsberger, den Abzug der Familienunterstützung zur Pflicht zu machen, bitte ich dringend, abzulehnen. Dringend nötig ist eine Erhöhung der Familienunterstützung.

zumal die Mehrheit der Gemeinden keine Zuschüsse zu dieser Unterstützung gewährt. Zwei Pranten wurden eine Erhöhung der Unterstützung mit der Begründung verweigert, sie könnten von ihren 20 Mark Unterstützung „sorglos“ leben. (Beifall bei Sozialdemokraten.) Man sollte den betreffenden Landrat einmal zwingen, einen Monat lang den 20 Mark sorglos zu leben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsverband der deutschen Städte erkennt in einer Eingabe an die Reichsregierung die Notlage der Kriegstrauer selbst an. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber eine Folge dieser Notlage ist Unterernährung der Frauen und Kinder; auch moralische und sittliche Notstände müssen schließlich daraus erwachsen. Mit den schönen Worten des Staatssekretärs ist den Kriegstrauern nicht geholfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte die Regierung dringend, den Kriegstrauern zum 1. Oktober eine einmalige außerordentliche Unterstützung zu gewähren und außerdem in eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungsätze zu willigen. (Beifall bei Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. Lewandowski: Sind die einseitige Rede gehe ich nicht ein. Die Unterstützungsabsummen sind den Monat zu Monat gewachsen. Sie betragen

im ganzen jetzt 800 Millionen.

Das ist doch gewiß ein ziemlich großer Betrag. Daneben ist immer wieder betont und von den leitenden Stellen vorgelesen und in der Praxis ausgeführt worden, daß überall da, wo die Mindestsätze nicht ausreichen, Zuschüsse gegeben werden müßten. Die Lieferungsverträge erfüllen ihre Verpflichtungen durchaus. Wenn es sich um Millionen von Familien handelt, so ist es nicht schwer, eine Reihe von Klagen zu sammeln und schwarz zu malen. Ganz gewiss haben wir man von der außerordentlich großen freiwilligen Diszipliniertheit. Ich glaube nicht, daß das Bild, das uns der Abgeordnete Bauer gab, der Wahrheit entspricht. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Es sind lediglich Ausnahmefälle, die geschildert worden, so daß sich ein Herrbild ergibt. Es ist eine Prüfung im Gange, ob nicht die Winterzeit jetzt schon zu bemerken ist und nicht die Mindestsätze um 25 Prozent zu erhöhen sind. (Wandel)

Generalmajor v. Langemann und Erlensam: Die Ausführungen des Abgeordneten Bauer sind geeignet, große Verunsicherung herbeizuführen und im Ausland den Schein zu erwecken, als ob die Militärverwaltung für die Hinterbliebenen der Gefallenen nicht Sorge, so gar ihnen noch etwas abdröhle. Dieser Vorwurf trifft mich. Während meiner Wätereigenen Dienstzeit ist das noch nicht passiert. Die Verunsicherung trifft nicht nur die Hinterbliebenen, sondern auch die Krieger draußen im Schützengraben. (Sehr richtig!) Ich rufe meinen Kameraden draußen zu: Für eure Hinterbliebenen ist und wird gesorgt! (Beifall bei Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Kießing (Hörsch. Vpt.): Wir stimmen dem Antrag Erbsberger zu, der die den Hinterbliebenen gezahlte Unterstützung nach drei Monaten lang neben der Rente bestehen lassen soll.

Abg. Dr. Baasche (Natl.): Ich glaube nicht, daß der Abg. Bauer den Frauen und Kindern unserer Krieger einen Dienst erwiesen hat, wenn er alles in den Schmutz zieht. (Beifall bei Sozialdemokraten.) Es ist nicht richtig, uns hier als Barbaren hinzustellen. Den Feinden wird das beste Material ausgehändigt, wenn von Not und Elend unserer Frauen und Kinder gesprochen wird. Es mögen behaarte Ausnahmen sein. (Sehr richtig!) Aber wir haben alle Ursache, dem Kriegsministerium und der Militärverwaltung unseren herzlichsten Dank auszusprechen. (Wandel) Ich möchte auch den Gemeinden danken, denen es oft so schwer fällt, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das gleiche ist bei den Privatbetrieben der Fall, die den Frauen ihrer Kriegsteilnehmer das ganze Gehalt des Mannes oder einen großen Teil zahlen und jetzt sich fragen, ob sie diese Gehaltszahlungen noch lange verantworten können. Glauben Sie, daß alle hiergegen, die vor 18 Monaten sich in den Dienst der Fürsorge für unsere Krieger gestellt haben, mit derselben Begeisterung weiterarbeiten, wenn sie sich fragen: Das praktische Ergebnis ist das langsame Verkümmern der Familien der Kriegsteilnehmer. (Rufe rechts, Unruhe links.) Ich behaupte noch einmal, daß hier so etwas gesagt worden ist. Man könnte Gegenbeispiele in Halle und Halle anführen. Ich kenne Beispiele, wo Frauen, die die staatliche Unterstützung, die Unterstützung der Gemeinde und von der privaten Wohltätigkeit erhielten, trotzdem ihre Kinder hungern ließen, da sie alles für sich vermandten. Dort sollte doch der Abg. Bauer einmal nach dem Rechten sehen. (Beifall bei Sozialdemokraten.) Rufe bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Lande können die ärmeren Gemeinden nicht das geben, was das Reich gibt. Aber die Frauen der Kriegsteilnehmer klagen nicht, sind fleißig und arbeiten. Das sollten auch die anderen Frauen tun. Es gibt Arbeitslosigkeit genug und oft fehlt es an Arbeiterinnen. Mit der Resolution auf rechtzeitige Gewährung von Rente und Heilbehandlung an Kriegsteilnehmer, die im Kriege erkrankt und vermundet wurden und bereits aus dem Militärverhältnis entlassen sind, sind wir einverstanden, ebenso mit der Resolution, welche die Anstellung von Kriegsgeschädigten und Kriegswitwen auf eigener Scholle mit Hilfe der Kapitalisierung eines Teils der ihnen zulegenden Bezüge erstrebt. Wir wollen alle dafür sorgen, daß die Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen zufrieden sind. (Beifall bei Sozialdemokraten.)

Abg. Wallwitz (Konf.): Die Kritik an der Heeresverwaltung ist gut und notwendig, sollte sich aber nicht so weit von den Tatsachen entfernen, wie die Rede des Abg. Bauer. Wir können stolz sein auf unsere Leistungen auf dem Gebiete der Kriegsversorgung und Wohltätigkeit. Die schwere Schuld, die der Abg. Bauer mit seinen Ausführungen auf sich genommen hat, möge er mit sich selber ausmachen. In einer Resolution wird ein Fortbestehen nach dem Kriege auch bezüglich des Nacharbeitverbotes im Wätereigengewerbe verlangt. Wir können der Resolution, soweit sie eine Denkschrift über die mit diesem Verbot während des Krieges gemachten Erfahrungen mündet, zustimmen, lehnen aber ihre sofortige gesetzliche Festlegung für die Friedenszeit ab. Mit den Ausführungen des Abg. Baasche über die Anstellung von Kriegsgeschädigten und Kriegswitwen auf eigener Scholle sind wir einverstanden. (Beifall.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Gemisse Schwierigkeiten und Härten sind bei der Dauer des Krieges nicht zu vermeiden, aber andererseits muß anerkannt werden, daß Gemeinden und Private außerordentliches geleistet haben. Der Vandalismus, der die Denkschrift über das Nacharbeitverbot in den Vandalismus holt, stellt, damit unmittelbar nach dem Kriege eine entsprechende Verordnung erlassen kann.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Die Klagen des Abg. Bauer sind schon in der Kommission vorgebracht worden. Vom Vandalismus sind auch entsprechende Erklärungen abgegeben worden. Deshalb ist die Rede des Abg. Bauer zu bedauern. Solche Ausführungen heute hier zu machen, lag nicht im Interesse des Ansehens des Volkes. (Beifall bei Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich möchte davor warnen, durch den Antrag Erbsberger eine ganz zweifelhafte Schlichterstellung unserer Kriegswitwen und -Waisen herbeizuführen. Er stellt einen Rückschritt dar gegenüber dem bisherigen Gesetz, denn die Rente ist höher als die Kriegsunterstützung. Dieser Bestand die Kriegsunterstützung nur soweit, bis die erste Rente abgehoben wurde.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Neues hat auch Abg. Stadthagen nicht vorgebracht. Der Sinn des Antrages ist, Doppelzahlungen zu bewilligen. Das Abg. Stadthagen erwöhnte, ist in den meisten Ausnahmefällen zutreffend. Doppelzahlungen waren bisher für zwei Monate zulässig. Der Antrag Erbsberger will außerdem nicht nur den Hinterbliebenen der Vermissten, deren Tod erst später festgestellt werden kann, sondern allgemein sämtlichen Hinterbliebenen für drei Monate Doppelzahlungen gewähren. Ich werde für diesen Antrag eintreten, so daß den Hinter-

bliebenen einheitlich diese Wohltat der dezimalisierten Doppelzahlung zuteil wird. Würden wir dem Abgeordneten Stadthagen folgen, so würden wir vielleicht dem hintersten oder launhaftesten Teil der Witwen eine Wohltat erweisen, alle übrigen schädlicher stellen. Es kommt mir so vor, als ob hier das Brot, das geboten werden soll, in Steine verwandelt werden soll. (Beifall.)

Abg. Neumann-Hofer (Hörsch. Vpt.): Auch wir sprechen unser Bedauern über die Ausführungen des Abg. Bauer aus, die nur aus Eingeistigkeit bestehen. Er hätte auch die Rücksichten hervorgehoben müssen. Die Kameraden an und hinter der Front sind überzeugt, daß für ihre Familien alles Mögliche geschieht. Wir müssen in diesen schweren Tagen ein einziges Volk sein.

Abg. Bauer (Soz.): Wenn das Ausland aufmerksamer gemacht wird, so geschieht es durch Ihre Entstellung. Ich habe nicht verallgemeinert, ich habe dankbar anerkannt, daß eine große Zahl von Arbeitslosen Unterstützung erhält. Ich habe aber dabei auch Bunden zeigen wollen, und dabei konnte ich nicht nur loben. Die Unterstützung entstand darüber, daß ich überhaupt die Schäden nannte. Sie haben leider verallgemeinert. Ich habe nicht gesagt, daß alle Kriegsfamilien hungern müßten. Ich bin selbst mit tätig in der Kriegsversorgung. Mir wäre so etwas nicht eingefallen. Ich habe nur bestimmte Beispiele angeführt und habe nur gezeigt, wie in

Kleinen Gemeinden und kleinen Städten

unsoziale Dinge vorkommen. Ich erkenne öffentlich noch einmal an, daß Hervorgehoben geleistet wird, daß in vielen Gemeinden die soziale Fürsorge vorzüglich ist. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß es noch eine große Zahl von

Gemeinden gibt, in denen das alles fehlt

und es ist keine Festsatzung erfolgt worden. Ich habe Bedenken eingereicht aus Rücksicht auf das Innere, und es ist nichts geschehen. Daß man den Finger in die Wunde legt, ist nicht schädlich, sondern es ist schädlich, daß Sie kein Wort des Bedauerns haben für Rückstände. Ich nehme für mich in Anspruch, genau so viel auf die Erde des deutschen Volkes zu haben, wie jeder von uns; nur in den Mitteln gehen wir auseinander. Der Herr Ministerialdirektor hatte gemeint, daß meine Ausführungen ein würdevolles Herbild gegeben hätten. (Direktor Lewandowski: Dürstet!) Also damit ist die Sache erledigt. Der Herr General v. Langemann hat die Möglichkeit meiner Zusammenstellung nicht bezweifeln können. Es hat mir sehr gelegen, dem Herrn General Vorwürfe zu machen. Ich weiß, daß er ein sehr hohes soziales Verständnis hat. Ich schäme ihn sehr hoch, und er tut alles, um ihm mittelgeleitete Mithilfe abzuwehren. Mir der Entstellung ist nichts geblieben. Es ist auch nicht richtig, daß ich alles in den Schmutz gezogen hätte, wie Herr Baasche gesagt hat. Ich will nicht im gleichen Tone antworten; meine Arbeiterbildung verbietet mir das. Ich habe anerkannt, daß es leider eine Reihe von Lieferungsverträgen noch gibt, in denen viel gesündigt wird, und das wollte ich alles sagen.

Ständem Dr. Baasche: Nachdrücklich erlaube ich, daß der Abg. Baasche gesagt haben soll, der Abg. Bauer habe alles in den Schmutz gezogen. Hätte ich diese Worte gehört, so hätte ich sie gerügt. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen. Darauf wird ein Antrag v. Kampmann (Natl.) auf Wahl einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zur Beratung aller das Wohnungswesen betreffenden Anträge und Petitionen ohne Debatte angenommen. Es folgen Petitionen und Berichte der Kommission für Handel und Gewerbe. Diese werden entsprechend den Kommissionsbeschlüssen erledigt. Darauf erträgt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Resolutionen und Anträge der Kommission. Abänderungsanträge, Reichsvereinsgesetz. Schluß nach 8 Uhr.

Der Buchdruckerverband im ersten Kriegsjahr.

Der Vorstand gibt im „Korrespondenz“ das Gesamtergebnis der Kriegsfaktoren für die Zeit vom 2. August bis 31. Juli. Danach hatte der Verband 73 908 Mitglieder, wovon 36 900 zum Heeresdienst eingezogen worden waren, darunter 19 094 Verheiratete. In der genannten Zeit wurden ausgeschieden: 11 811, 10 500 unter 1. August; aus der Verbandsschleife 25 432, 75 Mark, aus den Gausassen 694 451, 42 Mark, zusammen 8 237 478, 17 Mark; Unterstutzung in allen Unterstutzungs-3 weigen: aus der Verbandsschleife 3 641 886, 26 Mark, aus anderen Klassen 1 171 428, 94 Mark, zusammen 4 813 285, 20 Mark; Familienunterstutzung: aus den Gausassen 224 818, 10 Mark, aus den übrigen Klassen 327 294, 63 Mark, zusammen 5 614 42, 73 Mark.

Weltkrieg und Staatssozialismus.

Wie aus dem „Labour Leader“ ersichtlich, hat der Krieg die Regierung von Neu-Süd-Wales auf den Weg zum Staatssozialismus gebracht. Sie hat nämlich Staatsbedienen, Staatsriegeleien und -Steinbrüche, Staatsfabriken, Staatsstraßenbahnen und Staatswälder in Betrieb genommen. Außerdem wurde eine staatliche Wohnungsfürsorge ins Leben gerufen, die Gewerkschaften und Fleischbedienungen in staatliche Regie überführt und die Regierung beratungslang zurzeit darüber, ob sie nicht auch das Gesundheitswesen der staatlichen Verwaltung unterstellen soll, wodurch Ärzte, Krankenpfleger und -Pflegerinnen, sowie die Krankenhäuser in den Staatsdienst überzugehen hätten.

Kriegs-Kornfrank

Kriegs-Kornfrank ist der Ersatz für Bohnen-Kaffee. Er ist gut und billig. Das ganze Paket kostet 50 Pf. Kriegs-Kornfrank ist be-
-smalich und anregend.

Beim Monatswechsel wollen unsere Genossen und Freunde wieder um fleißig neue Abonnenten werben. Probe-Nummern auf Wunsch gratis.

Neues aus aller Welt.

Ein Anti-Zeppelin.

Ein findiger Amerikaner, der Vorsitzende der Aeronautischen Gesellschaft der Vereinigten Staaten, Thomas R. Macdonald, hat einen neuen Luftschiffstyp konstruiert, den er den Engländern als unfehlbares Kampfmittel gegen die deutschen Zeppeline empfiehlt. Wie wir der „Umschau“ entnehmen, hat Mr. Macdonald die Vorteile seiner Erfindung einem Redakteur des New Yorker „Sun“ gegenüber in folgender Weise dargelegt: Alle bisherigen Abwehrmittel gegen die Zeppelinge fährt er für fast vollkommen wertlos. Von vielen Tausend Zeppelinschlägen gelang es nur weniger als ein Dutzend zum Scheitern zu bringen. Wenn Deutschland erst über ein Zeppelinschiff von 50 bis 100 Flugzeugen verfügt, dann wird kein Tag, resp. keine Nacht vergehen, in der dieses nicht London seinen verderbbringenden Besuch abstattet. Eine Beschädigung der Zeppeline würde wirkungslos sein; die Brandgeschosse würden auf die Einwohner zurückfallen; und die Stadt in Brand setzen. Macdonalds „Zeppelinschiff“ ist ein Luftschiff harten Systems von nur 75 Meter Länge und 8 Meter Durchmesser. Es wird eine Geschwindigkeit von 120 bis 130 Kilometer in der Stunde haben und bei einer Entfernung von 100 Kilometern von seinem Standort noch mit diesem durch drahtlose Telegraphie verkehren können. Durch diese Geschwindigkeit wird es jedem deutschen Zeppelin überlegen sein. Jeder Anti-Zeppelin wird mit einer Kanone armiert sein die einen beim ersten Anstoß explodierenden Lufttorpedo entfenkt. Die Besatzung besteht aus 4 Personen: einem Piloten, einem Artilleristen und zwei Mechanikern. Zwei Motoren von 75 bis 125 Pferdekraften besorgen die Vorwärtsbewegung, während der Aufstieg durch 14 Ballons, die sich in einer zigarrenförmigen Hülle aus Holz befinden, geliefert wird. Die Hülle ist mit einer Leinwand überzogen, die ihrerseits wieder mit Aluminium bekleidet ist. Die Gondel ist im Innern des Flugzeuges angebracht, und der Führer wird das Luftschiff von hier aus unter Benutzung einer Anzahl Leisten lenken können.

Der gute Genosse „Vollzeitsch“.

Aus der Schweiz wird dem „Vorwärts“ folgendes wahre Geschichtchen mitgeteilt: Frauenerleuchtung. Ein schmuddoser Raum im „Vereinshaus“ von St. Gallen. Arbeiterfrauen lauschen mit tiefem Interesse den Ausführungen des Redners. Tiefe Stille, andächtige Schwärze; nur die Stimme des Redners „schwebt über dem Raum“. Ein heftiges Telefonklingeln im Nebenraum bricht jääh in die Stille. Gleich darauf kommt auch schon die freundliche Wirtin herüber und winkt von der halbgeöffneten Tür aus einer der Frauen, die bei dem Telefonklingeln schon lauschend aufgeschaut hatte und nun eifrig hinausläuft.

Da die Tür nur halb angelehnt war, hörten wir unwillkürlich die eine Hälfte des Telefonats mit an, der also anhört: „Grüß Sie, Herr Vollzeitsch (Vollzeitsch), ich grüß Sie! Die Chindli (Kinder) schreien!“. „Dank ich, dank ich, ich kumm gleich!“, „Adio, Herr Vollzeitsch, adio, dank ich!“ „Adio!“ „Adio!“

Wie mit der Vorrede nach Schluß der Versammlung erzählte, mochte jene Genossin, die wegen der „schreie Chindli“ nach Hause geeilt war, in einem Hause, in dem sich die Polizeiwache befindet. Da der Schamann zuerst auf Grenzwehr ist, die brave Frau aber die Versammlung nicht verlassen wollte, so hatte sie den wachhabenden Polizisten, den sie auch als gutes Parteimitglied kannte, gebeten: „epis (ein wenig) nach die Chindli zu lauge, und zu telefoniere, wenn's schreie!“ — was der Mann denn auch redlich befolgte.

„Ein Vollzeitsch als Parteigenosse?“ Gewiß, warum nicht? Das Geschichtchen spielt doch in der Schweiz. In Basel ist selbst der Polizeidirektor eingeschriebenes Mitglied unserer Partei.

Aus Frankfurt a. M.

Kriegsfürsorge in Frankfurt a. M.

In der „M. Presse“ veröffentlicht Stadtrat Prof. Dr. Stein einen größeren Artikel über die Leistungen der Kriegsfürsorge in Frankfurt a. M. Danach hat die erste Sammlung 3 412 830,19 Mark und die zweite 1 752 215,03 Mark ergeben. An diesen Sammlungen beteiligten sich 2500 Geber; die 15 größten Zeichnungen ergaben 1 Million, von Vereinen und Stiftungen gingen rund 300 000 Mark ein. Aus dem Ausland, hauptsächlich aus Amerika, kamen fast 100 000 Mark. Am Tag der Kriegserklärung Italiens an Österreich überwies ein Italiener 1000 Mark „aus Scham über sein Vaterland“. Alle Schichten der Bevölkerung sind unter den Gebern vertreten. Viele reiche, wohlhabende Leute des Mittelstandes und kleine Leute haben nach vollen Kräften, nicht wenige über Verhältnis gegeben, haben die freiwillige Steuer als ein wirkliches Opfer angesehen. Neben ihnen stehen aber auch andere, die sich lange nicht nach Leistungsfähigkeit eingeschätzt haben. Auch das müssen wir Frankfurter bekennen, daß, so stattlich und groß der freiwillige Kriegsfürsorgebeitrag auch ist, und Frankfurt in der ersten Reihe unter den deutschen Städten steht, Frankfurt diesmal wieder verhältnismäßig gefahren ist, einige andere Städte noch mehr Pferde vor ihren Stadtwagen gespannt haben, meint Herr Stein. Und in der Tat, er hat recht. So groß die gesammelte Summe sich ausnimmt, sie steht in keinem Verhältnis zu dem ungeheuren Reichtum, der in Frankfurt aufgestapelt ist. In unserer Stadt der Millionäre, von denen die 10, 20, 30, 40 und mehr Millionen haben, hätten diese Leute allein viel mehr aufbringen müssen. Ganz abgesehen von den vielen, vielen Geschäftsleuten, die durch den Krieg ungeahntes Geld verdient haben und noch verdienen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß auch privatim manche Spende im Stillen geleistet worden ist. Denn bei allen Vorzügen der Zentralisation war unvermeidlich, ja im gewissen Sinn auch berechtigt, daß selbständige Sammlungen für besondere Zwecke neben der Zentralsammlung hergingen, so, um nur die ergebnisreichsten hervorzuheben, die Wollsammlung, die Sammlungen für Ostpreußen, für Kriegsblinde, „Gold gab ich für Eisen“, die Kaiserpende deutscher Frauen u. a. Herr Stein schätzt den Betrag dieser Sammlungen unter Berücksichtigung des Wertes der geschenkten Materialien an Lebensmitteln, Kleidung und Büchern usw. auf etwa 3 bis 4 Millionen Mark.

Für die Verwaltung und Entscheidung über die Verwendung der Zentralsammlung wurde ein Finanzausschuß gebildet, in dem die städtischen Körperschaften, Magistrat und Stadtverordnete, die großen Organisationen der Kriegsfürsorge, wie auch die großen Geber gleichmäßig vertreten waren. Für die Geschäftsführung wurde unter dem Vorsitz des Herrn Geheimrats Barentz ein Vorstand eingesetzt, der die Beratungen des Finanzausschusses vorzubereiten und die Beschlüsse auszuführen hatte.

Die Ausgaben, die die Zentralleitung unter Einrechnung der städtischen Zuschüsse für die Familienhilfe geleistet, gliedern sich wie folgt:

Kausgaben für Zwecke des Roten Kreuzes	
Verband- und Erleichterungsstationen	260 232,86
Lazarettstationen und Betriebe	400 000,—
Beitrag zu den Zwecken des Roten Kreuzes für den Bezirk Wiesbaden	50 000,—
Krankenautos	25 755,10
Lazarettzug	45 000,—
Tausende und einmalige Unterstützungen für Familien von Kriegsteilnehmern	2 213 349,—
Unterstützungen von Arbeitslosen	329 543,—
Mietzuschüsse	1 344 907,—
Krankentagebeiträge	292 999,—
Naturalien	91 710,—
Stiefelfonds	30 000,—
Sonstige Zuschüsse u. Unkosten	157 406,—
Für die Zwecke des Nationalen Frauen-	
dienstes und dessen Ratstube	294 443,71
Städtische Arbeitslosen	100 000,—
Zentralsammlungsstelle der Kriegsfürsorge	1 850,—
Wiesbaden	119 174,24
Warme Unterbekleidung und Bekleidungsgegenstände	150 000,—
Rein. Mat. u. Verband für Volksbildung für Einbinden und Versenden von Büchern an die Front, Kriegswirtschaftlichen Unterricht u.	18 500,—
Volksvorlesungen	9 000,—
Sanitätszüge	6 000,—
Frankfurter Künstlergesellschaft	10 000,—
Vereinigung für Gefangenenhilfe	5 000,—
Proviantzentrale	45 000,—
Unkosten für Inserate und Veröffentlichungen	23 033,76
Verchiedenes	3 890,—
	921 5 966 793,67

Ein ergänzendes Bild dieser Kriegsfürsorgetätigkeit gibt der Bericht der Zentral-Kriegsfürsorge in Frankfurt a. M. über die

Liebesgabenstätigkeit

im ersten Halbjahr 1915. Es wurden 6498 ins Feld rückende Soldaten mit Liebesgaben bedacht. Im ersten Halbjahr des Krieges waren es 26 356, so daß insgesamt 32 854 Soldaten von der Kriegsfürsorge am Theaterplatz beschenkt wurden. In der Hauptsache waren es Hemden, Socken, Unterhosen, Dedden, Handschuhe, Wäsche, Pantoffeln, Taschenlampen, Messer, Zigarren, Zigaretten usw. Viele Hunderte von Paketen gingen hinaus. Militärpersonen und deutsche Kriegsgefangene erhielten, was sie wünschten: Unterwäsche, Socken, Lebensmittel, Genußmittel, Seife, Messer usw.

Die Haupttätigkeit und die größten Leistungen aber vollbrachte die Kriegsfürsorge in der Versorgung ganzer Truppenteile. Nicht weniger als 315 verschiedene Formationen erhielten große Sendungen, voll der reichsten und zweckmäßigsten Liebesgaben. Je nach dem im Felde geäußerten Bedürfnis wurden die Gaben zusammengestellt und gingen nach Ost und West, an aktive und Reserve-Regimenter, an Stäbe, Trainkolonnen, Sanitätskompanien, Wädereisolonnen, an das Landwehr, an die Marine und unsere Flieger, nicht nur des 18. Armee-Korps, sondern überallhin, wo Bedarf laut wurde; im ganzen erhielten diese Truppenteile 700 Kisten.

Außerdem gingen ganze Waggonsendungen an die Ostarmee, an Lazarette im Osten und Westen, in die Karpaten und an das 18. Armee-Korps; im ganzen 10 Waggons. Auch hier waren es in der Hauptsache: Wäsche, Unterhosen, Taschentücher, Seife, Ess- und Genußmittel, Zigarren und Zigaretten. Der Versand der Kisten ging vorwiegend über das Militär-Paket-Depot, große Sendungen (Eisenbahnwagen) wurden über die offiziellen Abnahmestellen geleitet.

Ein weiteres Feld der Kriegsfürsorgetätigkeit bildeten die Lazarette im Heimat- und Etappengebiet. Sie wurden in großen Mengen mit Dedden, Unterwäsche, Handschuhen, Anzügen, Pantoffeln, Konerven, Genußmitteln, Seife, Zigarren, Zigaretten usw. versehen.

Das Rote Kreuz entfaltete eine rege Fürsorge für die ankommenden und durchreisenden Soldaten und Verwundeten, die in der Zahl von rund 350 000 Mann auf den Erleichterungsstellen mit Kaffee, Milch, Kakao, Tee, Fleischbrühe, Zitronen- und Himbeerlimonaden, Eiern, belegten Broten, Kartoffeln, Gemüsen, Zigarren und Zigaretten erquicht wurden.

Im letzten Halbjahr sind die Wünsche unserer Soldaten immer vielfältiger geworden. Im Anfang waren es nur wenige Rubriken: Unterwäsche, Strümpfe, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Pfeifen, Messer, Taschenlampen und Dauerware. Jetzt kommen hinzu: Obst, Gemüse, Fisch- und Fleischkonserve, Tee, Wein und Süßweine, Cognac und Rum, Himbeer- und Marmeladen, Mineralwasser, Apfelsaft, Salzgurken und Sauerkraut, Butter in Tüten, durstlösende Getränke, Musikinstrumente, die immer mehr gewünscht werden. So gibt diese Statistik im ganzen ein interessantes Bild, nicht nur von den Leistungen der Kriegsfürsorge in Bezug auf die Mengen, sondern auch von der Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Bedürfnisse.

Telegramme.

Die Wehrpflichtfrage in England.

Glasgow, 27. Aug. (W. B. Nichtamtlich.) Der Londoner Berichterstatter des „Glasgow Herald“ meldet: Die letzten beiden Sitzungen des Kabinetts galten hauptsächlich der Wehrpflicht. Unionisten und Liberale bildeten keine getrennten Lager. Ein oder zwei Liberale traten für die Wehrpflicht ein, ein Unionist gegen die Änderung des herrschenden Systems. Drei Gruppen bestehen im Kabinett. Eine kleine Anzahl Minister befürwortet die sofortige Einführung der Wehrpflicht, die zweite Gruppe ist sehr entschieden dagegen, die dritte, die so stark ist, wie die beiden anderen zusammen, will jede Politik unterstützen, die die militärischen Ratgeber der Krone für notwendig halten. Asquith hat den Auftrag gegeben, aus dem Nationalregister festzustellen, wieviel Männer für die von der Regierung ausgeschriebenen Arbeiten verfügbar sind. Diese Statistik wird hoffentlich vor dem Zusammentritt des Parlaments fertig sein. Die Regierung wird dann die politische Entscheidung lediglich nach den militärischen Rücksichten treffen und im Parlament vielleicht schon am 14. September eine Erklärung darüber abgeben.

Zur gefälligen Beachtung!

Die Träger beim Vertrauensleute der entfernteren Gegend, die nicht durch Expressboten bestellt werden können, müssen

ihre Bestellung allmonatlich bis zum 25. aufgegeben haben, sonst tritt eine Verzögerung durch die Post ein.

Wir können nicht einfach die Zahl des Monats überweisen, da die Abonnementzahl oft wechselt und wir für zu viel übermiesene Exemplare die Postgebühr bezahlen. Deshalb müssen wir unbedingt auf regelmäßige Bestellung bestehen. Nicht bestellt haben: Bad Orb, Heil-Brühlhausen, Fulda, Kreuznach, Marburg, Neunkirchen, Obermodbach, Odershausen, Rüdgen, Schwalheim, Stammheim, Wintel.

Die Expedition.

Sportliche Veranstaltungen.

Naturfreunde Frankfurt a. M. 29. August: Tagestour (Taunus) Homburg — Frölicher Mann — Soalburg — Herzberg — Stannbrimer Wälden — Langholz — Hilttenplatz — Brombach — Hausen. Marzzeit 5 Stunden. Abfahrt 5.55 Uhr Hauptbahnhof. (Fahrkarte 4. Klasse Homburg). Fahrpreis M. 1.20.
Naturfreunde Höchst a. M. Sonntag: Tour in den Taunus. Abfahrt 6.19 Uhr nach Eiden. Montag abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Raffauer Hof“.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Freitag, 27. August, 7 Uhr: „Wenn der junge Wein blüht“.
Samstag, 28. August, 7 Uhr: Einmalige Aufführung: „Nora“.
Sonntag, 29. August, 7 Uhr: Zum letzten Male: „Der Reineidbauer“.

Obst- und Gemüse-Großmarkt zu Wiesbaden.

Dienstag und Freitag morgens von 6 bis 8 Uhr auf dem Dornischen Platz neben dem Rathause.

Als Verkäufer werden zugelassen: alle Produzenten und Großhändler.

Als Käufer: alle Händler und Verbraucher.

Als Großverkauf gilt: bei Kartoffeln Mengen nicht unter einem Zentner, bei Gemüse und Obst nicht unter 25 Pfund.

Vor der festgesetzten Marktzeit dürfen keinerlei Verkäufe stattfinden; dagegen können nach Schluß des Marktes die zum Großmarkt zugeführten, bis dahin nicht verkauften Waren auch in kleineren Mengen abgegeben werden.

Von der Erhebung eines Marktstandgebildes wird auf dem Großmarkt vorerst abgesehen.

Für den Absatz der Waren wird die Stadtverwaltung sich bemühen.

Erster Verkaufstag: Freitag den 27. August l. Js.

Städtische Marktverwaltung.

Fliegerwarnung!

Nachdem die angestellten Versuche ergeben haben, daß die Fliegerwarnung durch Signal-Raketen deutlich genug überall hörbar ist, werden in Zukunft mit Genehmigung des Gouverneurs der Festung Mainz die Warnungs-Signale bei einem etwa zu erwartenden Fliegerangriff nicht mehr durch Glockengeläute von der Lutherkirche, Marktkirche und Maria-Hilf-Kirche gegeben, sondern durch Schießen mit den Signal-Raketen.

Wiesbaden, den 26. August 1915.

Der Magistrat.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.

Alte Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Schuhwarenhhaus.

Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen.

Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5

neben Hotel Vater Rhein.

06060

Ochsena-Gelee

aus Pflanzen-Eiweiss hergestellt, ist ein vorzüglicher Ersatz für Butter, Margarine, Schmalz zum Belegen auf Brot, und ersetzt ebenfalls alle Würstchen und kalten Fleischspeisen als Beilage zu allen Kartoffelgerichten, Kartoffelsalat und Bratkartoffeln, auch zu heissen Kartoffeln mit Sauce, ersetzt eine Scheibe Ochsena-Gelee Beefsteak und Schnitzel. Es ist auch vorzüglich geeignet zur Herstellung aller Gemüsesuppen, Bouillon und Saucen. W 831

Zu beziehen durch die Konsumvereine Wiesbaden und Umgegend und Biebrich und Umgegend per Pfund 60 Pfg.

Flaschenbierhandlung

von Joh. Walter, Wiesbaden empfiehlt Frankfurter Bürgerbräu, hell u. dunkel. Besterant des Konsumvereins Wiesbaden u. Umgegend. Bestellungen nehmen entgegen: die Verkaufsstellen d. Konsumvereins. Lieferung von 10 Flaschen frei ins Haus. — Telefon 2556.

Das Einmachen der Früchte

von Johs. Schneider. Mit 24 Abbildungen. Preis 20 Pfg. Nach auswärts Porto 3 Pfg. Buchhandlung Volksstimme